

# Rechtliche Grundlagen des RU

5-2 Fact-Sheet von David Gerlach Quelle: Kunstmann, 105-112; Lachmann/Adam, Religionspäd. Komp., 127 ff; .Schweitzer (2006), 81ff

## 1. Voraussetzungen

Nach den Erfahrungen im totalitären NS-Staat definierte das Grundgesetz 1949 eine **fundamentale Selbstbegrenzung des Staates** gegenüber einer absoluten Prägung der Bürger. Die Grundrechte in Art. 1-19 und die Invocatio Dei - verstanden als juristische Formel, nicht als Bekenntnis - dienen dieser Selbstbegrenzung.

## 2. Rechtliche Rahmenbestimmungen des RU

In z.T. wörtlicher Übernahme von der Weimarer Reichsverfassung Art. 149 bestimmt **GG Art. 7, 2.3**:

(1) *Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.*

(2) *Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.*

(3) *Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.*

RU ist das einzige Schulfach, das in der Verfassung garantiert und geregelt ist, d.h. eine 2/3-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat wäre zu einer Veränderung notwendig.

## Der RU als gemeinsame Aufgabe von Staat und Kirche

1) Der RU ist „ordentliches Lehrfach“ an öffentlichen Schulen. (Notengebung, Stundenverteilung, Bestandteil des Lehrplans, Anwesenheitspflicht, Sach- und Personalkosten trägt der Staat).

2) RU wird in „in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften“ erteilt, in der Praxis heißt dies konfessionsbezogener RU. Für die Inhalte erhalten die Kirchen und Religionsgemeinschaften - „unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechts“ - die Zuständigkeit. Vgl. Kulturhoheit der Länder: B.-W./ B: Kirchen machen Lehrpläne; NRW: staatliche Kommission macht Lehrpläne.

3) RU ist sachlich, aber nicht persönlich obligatorisch. Für Schüler, wie Lehrer folgt ein Recht auf Abmeldung vom RU (vgl. GG Art. 4 zur Religionsfreiheit).

## 3. Besonderheiten in einzelnen Bundesländern (Bremen, Berlin)

„Bremer Klausel“ GG Art.141: „Artikel 7, Absatz 3, Satz 1 findet keine Anwendung in einem Lande, in dem am 1. Januar 1949 eine andere landesrechtliche Regelung bestand“. Dies trifft auf Bremen und Berlin zu. So wird in Bremen werden die Fächer Biblischer Geschichtsunterricht (BGU)/ Religionskunde und Ethik/Philosophie unterrichtet. In Berlin wird der RU in rein kirchlicher Verantwortung parallel zum staatlichen Schulunterricht erteilt - Kinder sind eigens anzumelden.

## 4. Situation nach Wiedervereinigung im Jahre 1990

Die neuen Bundesländer haben sich mehrheitlich der grundgesetzlichen Regelung zum RU angeschlossen. Ausnahme: LER in Brandenburg. Zwei Tendenzen lassen sich benennen:

1) Das Verhältnis zwischen RU und Ersatz- oder Alternativfach wird offener und gleichberechtigter gestaltet. Es besteht eine Tendenz zur Wahlfreiheit. Ethik wird als Wahlpflichtfach aufgewertet.

2) Die Ersatz- oder Alternativfächer werden nicht eng auf den ethischen Fragebereich eingegrenzt, sondern werden ausgeweitet auf Fragen hinsichtlich Religion, Weltanschauung und Philosophie.

## 5. GG Art 7,2.3 im Horizont von GG Art. 4

Eine rechtspositivistische Argumentation für den RU mit GG Art. 7,2.3 ist wenig hilfreich. Stattdessen kann darauf verwiesen werden, dass die Grundrechte nicht nur den Schutz persönlicher Freiheit begründen, sondern auch die Pflicht des Staates, die Bürger bei der Inanspruchnahme derselben Grundrechte zu unterstützen. Unter Berufung auf GG Art. 1-3 („Würde des Menschen“, „Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit“, „Gleichheit vor dem Gesetz“) kann ein **Recht auf religiöse Bildung** beansprucht werden. Ebenso ist GG Art. 4 („Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.“) nicht nur im Sinne einer „negativen Religionsfreiheit“ als weltanschauliche Neutralität des Staates zu verstehen, sondern als Anspruch an den Staat, die Verwirklichung von Glaubens- und Bekenntnisfreiheit zu unterstützen (sog. positive Bekenntnisfreiheit). Die rechtliche Begründung von RU (GG Art 7,3) ist deshalb im Horizont von GG Art. 4 zu interpretieren (vgl. auch EKD Denkschrift 1994).